



MANAGERKREIS DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

NEWSLETTER

3_2012

Inhalt

IM INTERVIEW:

**Corinna Franke-Wöller,
Geschäftsführerin der Havelländi-
schen Abfallwirtschaftsgesellschaft
mbH (HAW)** 3

Seit dem 1. Juni 2012 ist das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz in Kraft. Umweltverbände und Recyclingunternehmen hatten sich mehr davon erhofft. Über die Schwachstellen des Gesetzes und die Zukunft der Abfallwirtschaft sprachen wir mit der Chefin eines Entsorgungsbetriebes.



IM INTERVIEW:

**Marc Meinardus,
geschäftsführendes Vorstands-
mitglied des Managerkreises der
Friedrich-Ebert-Stiftung** 5

Der neue Chef des Managerkreises ist Wirtschaftswissenschaftler – beste Voraussetzungen für sein neues Amt, wie er im Interview erklärt.



Mitteilungen aus dem Vorstand 7

Der Politikwissenschaftler Christoph Moosbauer ist neuer Sprecher des Managerkreises Bayern. Das Steering-Komitee hat einen neuen Vorstand gewählt. Gleichzeitig gibt es einen Wechsel in der Geschäftsführung. Werner Rechmann verabschiedet sich mit einem „weinenden Auge“.

Damit Kunst nicht mehr brotlos ist 8

In der Kreativbranche sind mehr Menschen tätig als in der heimischen Automobilproduktion. Wegen unregelmäßiger und geringer Einkünfte fallen viele von ihnen durch das bestehende soziale Netz und sind schon heute von Altersarmut bedroht.

New Music – New Business? 11

Die Zeit des Klagens über die zunehmende Digitalisierung der Musikwirtschaft ist vorbei – dank neuer Geschäftsmodelle wie Download und Streaming-Dienste hat sich der Markt wieder stabilisiert.

**Nachts geht's rund:
Von Leipzig in den Rest der Welt** 13

Eine Exkursion führte Mitglieder des Managerkreises zum größten der weltweit drei zentralen DHL-Drehkreuze der Welt.

**Komplexe Stadt – Komplexe
Stadtpolitik** 14

Die Urbanisierung der Welt schreitet voran. Experten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft entwarfen auf einer Podiumsdiskussion in Karlsruhe gemeinsam eine Vision einer lebenswerten Stadt der Zukunft.

**Managergehälter in der
Diskussion** 16

Die durchschnittliche Vergütung der Dax-Vorstände ist einer Studie zufolge im vergangenen Jahr um fast acht Prozent auf 3,14 Millionen Euro gestiegen. Nicht immer gibt es einen Zusammenhang zwischen Unternehmenserfolg und Bezahlung.



MANAGERKREIS DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

NEWSLETTER

3_2012

Inhalt

Digitale Wirtschaft – Jobmotor der Zukunft 17

Mehr als 85 Prozent der Unternehmen der digitalen Branche gehen 2012 von einem Umsatzwachstum aus. Qualifizierten Nachwuchs zu finden ist gar nicht so einfach. Vor allem IT-Sicherheitsspezialisten werden gebraucht.

Weltwirtschaftliche Entwicklungen und bayerische Perspektiven 18

Der Chefökonom der Weltbank in Nairobi Wolfgang Fengler und der Münchener Oberbürgermeister Christian Ude diskutierten über wirtschaftspolitische Strategien für Bayern in Zeiten der Euro-Krise.

Gute Aussichten für gute Arbeit? 18

Die Löhne in Deutschland driften laut einer OECD-Studie immer weiter auseinander. Zu den Ursachen gehören vor allem die wachsende Zahl von Teilzeitbeschäftigten und die Zunahme befristeter Arbeitsverhältnisse. Hubertus Heil fordert daher eine schnelle Einführung des Mindestlohnes.

Der Unterschied zwischen RECHT und RICHTIG und seine Auswirkung im politischen Alltag 19

In der Demokratie lässt sich nur schwer eine Übereinstimmung zwischen Recht und richtig finden, da es auch immer um den Ausgleich von Interessen geht.

Norddeutscher Energiedialog in Schwerin 20

Der Infrastrukturminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Volker Schlotmann war zu

einem Hintergrundgespräch beim Managerkreis zu Gast.

Arbeitsmarkt und Integration 20

Baden-Württemberg ist bei der Wirtschaftsentwicklung auf Menschen mit Migrationshintergrund angewiesen, erklärte die Integrationsministerin Bilkay Öney in einem Hintergrundgespräch.

Coaching für die Wirtschaft 21

Der Managerkreis NRW setzt sich mit einem Pilotprojekt für Coaching und Praktika von Stipendiaten der Friedrich-Ebert-Stiftung ein.

Hintergrundgespräche des Steeringkomitees 21

BaFin-Chefin Elke König und Vizepräsident der Bundesnetzagentur Peter Franke waren zu Gast beim Steeringkomitee.

Wer kümmert sich in Zukunft um die Alten? - Demografischer Wandel erfordert neue Konzepte 22

Der Markt für professionelle Pflege wächst, doch die Fachkräfte fehlen. Eine neue Dokumentation des Managerkreises diskutiert die Herausforderungen der Pflegebranche und Lösungsansätze.

Literaturhinweise 22

Terminübersicht 24

IM INTERVIEW: Corinna Franke-Wöller, Geschäftsführerin der Havelländischen Abfallwirtschaftsgesellschaft mbH (HAW)

Corinna Franke-Wöller studierte Rechtswissenschaft in Leipzig und war Stipendiatin der Friedrich-Ebert-Stiftung. Sie wurde an der Europa-Universität Viadrina in Frankfurt/Oder zum deutsch-polnischen Recht promoviert. Im Juni 2012 übernahm die Juristin die Geschäftsführung der HAW im brandenburgischen Nauen, ein Beteiligungsunternehmen des Landkreises Havelland und des Entsorgers ALBA. Zuvor war sie Geschäftsführerin der ALBA Consulting GmbH. Corinna Franke-Wöller ist seit 1989 Mitglied der SPD und seit diesem Jahr des Managerkreises.



Rohstoffe werden immer knapper, gleichzeitig steigt die Abfallmenge. Wird in Deutschland genügend recycelt?

Es könnte noch mehr recycelt werden. Wir sind sicherlich auf dem richtigen Weg, was das Recycling betrifft, aber es besteht auf jeden Fall noch Potenzial, das derzeit nicht genutzt wird und dieses Potenzial gilt es, noch aus dem Abfall herauszuholen und dem Recycling zuzuführen.

Seit dem 1. Juni 2012 ist das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz in Kraft. Wie zufrieden sind Sie mit dem Gesetz?

Es gibt im neuen Kreislaufwirtschaftsgesetz viele gute Ansätze. So sieht man das Bemühen des Gesetzgebers, das Recycling mehr zu fördern, die Wertstofftonne einzuführen oder auch eine Abfallhierarchie zu lancieren. Aber wie so oft bei Gesetzen, sind das Ansätze, die noch nicht so konsequent umgesetzt worden sind, wie das die verschiedenen Interessensgruppen gerne hätten. Bei der Abfallhierarchie ist zum Beispiel nicht ganz klar, ob tatsächlich eine Privilegierung von Recycling im Verhältnis zu Verbrennung erfolgt – theoretisch ja, wie das aber in der praktischen Umsetzung aussieht ist unklar. Und sobald ein Gesetz solche Dinge unklar lässt, sind gewissen Praktiken Tür und Tor geöffnet, die nicht dazu führen, dass Recycling gefördert wird.

Wie bewerten Sie das in dem Gesetz festgelegte Recyclingziel von 65 Prozent bis zum Jahr 2020?

Diese Quote spiegelt mehr oder weniger den Ist-Zustand wieder. Sie ist nicht ambitioniert genug. Sie ist zwar noch nicht im vollständigen Maße erreicht. Aber Umweltverbände und Recyclingunternehmen sind der Ansicht, dass es einer ambitionierteren Quote bedurft hätte, um noch größere Anreize für die Wirtschaft zu setzen, entsprechendes Recycling selber zu fördern. Denn Quoten oder andere starke staatliche Elemente können auch immer einen Schub herbeiführen, um gewisse Industriezweige wie die Recyclingbranche zu fördern und neue Techniken zu entwickeln.

Wieso ist der Gesetzgeber hier nicht höher rangegangen? Warum diese niedrige Quote?

Gesetze sind heutzutage, vor allem gerade in dieser komplexen Materie, immer ein Interessensausgleich. Die eine beteiligte Gruppe sagt, wir können das leisten und eine andere ist der Auffassung, dass das nicht zu leisten ist. Nun versucht der Gesetzgeber, diese Interessen in eine Balance zu bringen. Das ist nicht immer einfach und führt nicht unbedingt dazu, dass die beste Entscheidung getroffen wird, sondern das sind immer Kompromisse.



Was wäre eine realistische und gute Quote?
Wie viel Recycling ist Ihrer Ansicht nach tatsächlich möglich?

Dazu gibt es unterschiedlichste Zahlen. Von der privaten Entsorgungswirtschaft sind teilweise 70 bis 80 Prozent genannt worden.

Dazu bräuchte man aber die entsprechenden Technologien?

Das ist in der Regel die Folge von solchen Quoten. Wenn Sie sich anschauen, was seit der Einführung des Grünen Punktes im Jahre 1991 in dem Bereich Recycling alles passiert ist, welchen Schub die Branche durch die Wertstofftrennung bekommen hat, dann ist das bemerkenswert. Allein dass der Gesetzgeber gesagt hat, wir halten die Produktverantwortung sehr hoch, wir möchten weniger Verpackungen um die Produkte, wir möchten, dass der Verbraucher etwas dafür zahlt und wir möchten, dass möglichst viel recycelt wird, hat dazu geführt, dass die privaten Unternehmen erfolgreich in ganz neue Technologien investiert haben. Die deutsche Recyclingwirtschaft gilt heute weltweit als führend. Der Export von Recyclingtechnologie ist in den letzten Jahren extrem gewachsen.

Der Bundesverband der deutschen Entsorgungswirtschaft kritisiert am neuen Kreislaufwirtschaftsgesetz, dass mit dem Gesetz die Position der Kommunen gegenüber privaten Entsorgern deutlich gestärkt wird. Wie ist das gemeint?

Hintergrund der Kritik ist vor allem ein sehr heiß umstrittener Paragraf, der die gewerbliche Sammlung regelt. Dieser Paragraf baut für die gewerbliche Sammlung von wiederverwertbaren Haushaltsabfällen – wie etwa Papier – erhebliche Hürden auf. Er zieht enge Grenzen für die private Abfallwirtschaft, innerhalb derer eine gewerbliche Sammlung überhaupt zulässig ist. Die Kommunen haben sogar die Möglichkeit, eine gewerbliche Sammlung etwa von Papier zu untersagen. Die privaten Entsorger sind der Ansicht, dass es sich bei Papier, Glas oder den Verpackungen aus der gelben

Tonne nicht um Abfall handelt, sondern um Wertstoffe, die frei handelbar sind und nicht automatisch in die Hand der Kommunen fallen dürfen. Das ist der Streitpunkt und da hat die Kommune aus unserer Sicht einen Vorteil im Gesetz.

Gibt es Ihrer Ansicht nach in der Müllwirtschaft einen Trend der Rekommunalisierung?

Man kann schon sagen, dass es in vielen Bereichen Bestrebungen einer Rekommunalisierung gibt. Ob das ein richtiger Trend ist oder nur eine zeitliche Erscheinung, ist schwierig einzuschätzen. Aber es lässt sich schon feststellen, dass in vielen Bereichen das Heil in der Inhouse-Lösung gesucht wird. Die Frage ist, ob das dann tatsächlich immer so klug ist und ob sich das für den Gebührenzahler positiv bemerkbar macht.

Österreich, Polen, Niederlande, Frankreich und Italien entsorgen ihren Müll gerne und günstig in deutschen Müllverbrennungsanlagen. Gibt es in Deutschland zu viele Müllverbrennungsanlagen?

Natürlich ist es günstiger und besser, den Müll in deutschen Anlagen mit einem hohen technischen Standard zu verbrennen als in veralteten Anlagen der jeweiligen Länder bzw. den Müll dort auf die Deponien zu geben, was nach europäischem Recht gar nicht mehr sein darf. Es gibt allerdings in der Tat in Deutschland eine gewisse Überkapazität am Müllverbrennungs- und Ersatzbrennstoffmarkt. Man müsste, um das zu korrigieren, eigentlich einige veraltete Anlagen schlichtweg abschalten. Das ist auch eine Forderung, die sowohl von der privaten Entsorgungswirtschaft als auch von Umweltverbänden erhoben wird.

Warum gibt es so viele Müllverbrennungsanlagen?

Das war eine klassische Fehlentscheidung. Es gab in den achtziger und neunziger die große Debatte des Müllnotstandes. Man ist von einem raschen Wirtschafts- und damit auch Müllwachstum ausgegangen. Daraufhin wurde die Entscheidung getroffen, in Müllverbren-

nungsanlagen zu investieren – sowohl von kommunaler als auch privater Seite. Daraus ist ein regelrechter Hype entstanden. Dann kam das Thema Recyclingwirtschaft auf die Tagesordnung und der Hausmüllstrom wurde schlanker.

Werden wir bald alles recyceln? Ist eine hundertprozentige Kreislaufwirtschaft machbar?

Das ist sicherlich ein langfristiges Ziel. Die Recyclingwirtschaft arbeitet intensiv an diesem

IM INTERVIEW: Dr. Marc Meinardus, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Managerkreises der Friedrich-Ebert-Stiftung

Seit September 2012 führt Marc Meinardus die Geschäfte des Managerkreises der Friedrich-Ebert-Stiftung, der er seit mehr als 20 Jahren verbunden ist. Bereits 1985 ging er als Forschungsassistent der Stiftung in das Landesbüro Philippinen. Er promovierte am Institut für Banken und Kredit der Freien Universität Berlin und arbeitete anschließend für die International Labour Organisation (ILO) der Vereinten Nationen. Seit 1990 ist er für die Friedrich-Ebert-Stiftung in verschiedenen Ländern in Asien, Afrika, Lateinamerika und Südosteuropa im Einsatz. Zuletzt war er Leiter des Landesbüros Bulgarien in Sofia.

Sie gehören der Friedrich-Ebert-Stiftung seit mehr als 20 Jahren an, haben in verschiedenen Landesbüros der Stiftung gearbeitet, einige von ihnen geleitet. Im September 2012 haben Sie die Geschäftsführung des Managerkreises übernommen. Was waren Ihre Beweggründe?

Ich bin nach zehn Jahren im Ausland wieder zurück ins Inland gekommen. Man hat mir die Stelle als Leiter Zentrale Aufgaben angeboten, zu der auch die Geschäftsführung des Managerkreises gehört, und ich habe sehr gerne angenommen. Diese Aufgabe ist eine neue Herausforderung. Ich freue mich darauf, einen ganz neuen Kreis von interessanten Menschen kennenzulernen und mit wichtigen Vertretern der deutschen Wirtschaft und Politik zusammenzuarbeiten. Hinzu kommt, dass mein Hintergrund als Wirtschafts-

Thema. Denken Sie nur an die interessanten Forschungsvorhaben, „Seltene Erden“ aus Elektronikprodukten wiederzugewinnen oder aber die ersten Versuche, in Deutschland alte Mülldeponien auf Wertstoffe hin zu untersuchen. Derzeit ist ein 100 Prozent Recycling allerdings noch nicht machbar bzw. bezahlbar. Mittelfristig wird die energetische Verwertung, also eine Verbrennung von Müll bei einer guten Energieeffizienz, ein wichtiger Strang neben dem Recycling bleiben.



wissenschaftler zu dieser Aufgabe sehr gut passt.

Inwieweit haben Sie die Entwicklung des Managerkreises während Ihrer Zeit im Ausland verfolgen können?

Ich habe mir den Managerkreis und dessen Aktivitäten schon deshalb öfter angeguckt, weil derjenige, der mich über das Promotionsstipendium in die Stiftung gebracht hat, Michael Domitra war. Er hat später den Managerkreis mit aufgebaut und war lange dessen geschäftsführendes Vorstandsmitglied. Das Konzept war mir daher durchaus bekannt. Die Friedrich-Ebert-Stiftung bietet mit dem Managerkreis eine Schnittstelle zwischen der Welt der Wirtschaft



und der politischen Entscheidungsebene. Diesen Austausch zwischen Unternehmern und Politikern halte ich für außerordentlich wichtig. Neben der konkreten Politikberatung geht es auch darum, die Wahrnehmung der wirtschaftspolitischen Kompetenz der Sozialdemokratie in der Öffentlichkeit zu stärken.

Im Managerkreis werden unterschiedliche wirtschafts- und sozialpolitische Themen diskutiert. Gibt es einen Schwerpunkt, den Sie im Managerkreis einbringen möchten?

Erst einmal werde ich mich in die bestehenden Arbeitslinien einarbeiten. Übrigens sind die Themen, die in den Arbeitsgruppen schwerpunktmäßig bearbeitet werden, gar nicht so andere als die Themen, die ich aus meiner internationalen Arbeit kenne. Ich habe keine spezifischen thematischen Präferenzen, außer dass ich eine europäische bzw. internationale Sichtweise auf viele Dinge habe. Ich habe mich in den letzten Jahren damit beschäftigt, wie Deutschland in Europa gesehen wird und kenne auch die deutsche Wirtschaft im Ausland gut.

Inwieweit können Sie ihre Auslandserfahrungen bei ihrer neuen Tätigkeit in Berlin mit einbringen?

Wenn man wie ich auf verschiedenen Kontinenten gelebt und gearbeitet hat, lernt man, sich mit sehr unterschiedlichen Interessen und Menschen auseinanderzusetzen, Positionen zu akzeptieren und diese in seine Tätigkeit einzubinden. Diese Erfahrung ist vielleicht auch ganz nützlich, wenn man von Hamburg bis München, von Stuttgart bis Erfurt, in den acht regionalen Managerkreisen mit verschiedenen Charakteren zusammenarbeitet. Und auch die Fähigkeit, offen zu sein gegenüber neuen Impulsen, ist etwas, was ich aus der internationalen Arbeit mitbringe.

Haben Sie schon Zeit gehabt, eine Bestandsaufnahme zu machen?

Bisher habe ich mich in erster Linie thematisch eingelezen und mir von meinem Team die Strukturen und Abläufe erklären lassen. Ich werde in den nächsten Wochen die regionalen Kreise

bereisen. Ich werde an Veranstaltungen in Osnabrück, München, Stuttgart, Hamburg und so weiter teilnehmen, um erst einmal alle Akteure kennenzulernen. Einschätzungen, Stimmungen und das Menschliche erfährt man nicht aus einem Papier, das muss man vor Ort im direkten Kontakt mitbekommen. Erst dann lässt sich erkennen, wo man eventuell etwas verbessern könnte. Ich bin zwar das geschäftsführende Vorstandsmitglied des Managerkreises, aber der Managerkreis ist ein Freiwilligentrupp und steuert sich weitgehend selbst. Er lebt in erster Linie von den Initiativen seiner Mitglieder, Sprecher, Vorstände, Arbeitsgruppen und der regionalen Kreise. Wir nehmen diese auf und setzen sie dann organisatorisch um. So hat das mein Vorgänger hervorragend gemacht und so werde ich das auch weitermachen.

Gibt es etwas, was Sie von Ihrem Vorgänger Werner Rechmann mitnehmen?

Es gibt eine wirklich angenehme und effektive Basis der Übergabe. Werner Rechmann und ich waren im südlichen Afrika „Nachbarn“, er leitete das FES-Büro in Südafrika, ich das in Botswana, wir kennen uns schon lange. Ich höre zu, was er mir aus seinen Erfahrungen vermittelt, nehme das mit, lerne daraus und setze das dann auf meine Art und Weise um.

Welchen Politiker hätten Sie persönlich gerne einmal zu Gast im Managerkreis?

Ich würde gerne Helmut Schmidt einmal von Angesicht zu Angesicht erleben. Derjenige, den ich am liebsten einmal getroffen hätte, das ist Willy Brandt. Er ist der Grund dafür, dass ich in die SPD eingetreten bin.

Sie haben Wirtschafts- und Sozialwissenschaften studiert, später promoviert. Hatten Sie nie Lust, in die Politik zu gehen?

Ich bin immer ein politischer Mensch gewesen. Ich war schon als Student politisch aktiv, bin früh in die SPD eingetreten. Ich denke aber, dass ich in der Friedrich-Ebert-Stiftung genau am richtigen Platz bin. Diejenigen, die wirklich aktiv in der Politik sind, sind das vierundzwanzig

Stunden am Tag sieben Tage die Woche. Und das kann einen aufreiben. Und dann war da ganz einfach mein Interesse für internationale Zusammenarbeit. Da wollte ich hin. Das wollte ich machen. Ich wollte die Welt nicht nur sehen, sondern auch mithelfen. Wenn ich in die Politik gegangen wäre, hätte ich nicht fünfundzwanzig Jahre meines Lebens im Ausland verbringen können. So habe ich in Asien, Afrika, Lateinamerika und Südosteuropa gelebt und gearbeitet. Diese Erfahrung möchte ich nicht missen.

Was wünschen Sie sich für die Zukunft des Managerkreises?

Ich wünsche mir, dass der Managerkreis weiter wächst und gedeiht, dass noch mehr engagierte Mitglieder zu uns stoßen und wir noch viele Aktivitäten auf die Beine stellen können. Ich möchte gemeinsam mit meinem Team, den Kolleginnen und Kollegen in den Landesbüros der Friedrich-Ebert-Stiftung und den Akteuren im Managerkreis daran arbeiten, auch neue Kanäle und Möglichkeiten zu erschließen, um die Positionen des Managerkreises noch nachhaltiger bei den politischen Entscheidungsträgern einzubringen.

Mitteilungen aus dem Vorstand

Neuer Sprecher im Managerkreis Bayern

Am 19. September 2012 wurde in München Christoph Moosbauer, Mitglied des Vorstandes der Concilius AG, zum neuen Sprecher gewählt. Der Managerkreis dankt Klaudia Martini herzlich für ihr langjähriges Engagement als Sprecherin in den Jahren 2006 bis 2012 und freut sich, dass sie sich weiterhin vor Ort engagieren möchte.



Der Politikwissenschaftler und ehemalige Bundestagsabgeordnete Moosbauer übernahm das Amt mit folgenden Worten: „Eine Brücke zu schlagen zwischen Wirtschaft und Politik - das hat sich der Managerkreis zur Aufgabe gesetzt. Dabei geht es nicht nur darum, Erfahrungen und Expertise aus der Wirtschaft in die Politik einzubringen,

sondern auch politische Entscheidungsprozesse für unternehmerisch Handelnde nachvollziehbar zu machen. Gerade in Bayern, dem wirtschaftlich stärksten Bundesland, ist diese Brücke wichtig. Und ebenso wichtig ist auch das Signal, dass unternehmerisches Handeln Hand in Hand mit sozialer Verantwortung gehen kann.“

Vorstandswahl im Managerkreis und Wechsel in der Geschäftsführung

Das Steering-Komitee des Managerkreises der Friedrich-Ebert-Stiftung hat in seiner Sitzung am 27. September 2012 einen neuen Vorstand gewählt: Klaas Hübner, Unternehmer und seit zwei Jahren Sprecher des Managerkreises, bleibt im Amt. Ebenso bestätigt in ihren Funktionen als stellvertretende Sprecherinnen und Sprecher wurden Annette Fugmann-Heesing, Senatorin a. D. und Unternehmensberaterin, sowie Christiane Krajewski, Senior Advisor Leonardo & Co, und Hubertus Schmoldt, ehemaliger Vorsitzender der IG BCE. Das langjährige Vorstandsmitglied Karl Kauermann zieht sich auf eigenen Wunsch aus dem Vorstand zurück. Neu ins Gremium gewählt wurde Katrin Rohmann, Partnerin Deloitte & Touche.

Alle bisherigen Vorstandsmitglieder wurden per Wahl bestätigt. Neu in den Vorstand gewählt wurden Beate Kummer, Geschäftsführerin der Kummer Umweltkommunikation GmbH und Alexander Stuwe, Geschäftsführer der Finance & Risk Services FMS Wertmanagement Service GmbH.

Gleichzeitig gibt es einen Wechsel in der Geschäftsführung des Managerkreises: Werner Rechmann übernimmt neue Aufgaben für die Friedrich-Ebert-Stiftung als Leiter des Regionalbüros Baltikum in Riga. Neuer Geschäftsführer des Managerkreises ist Marc Meinardus, der bisher für die Friedrich-Ebert-Stiftung Büros im Ausland geleitet hat, zuletzt in Sofia.

Die aktuelle Liste der Mitglieder des Vorstandes finden Sie auf unserer Website:

www.managerkreis.de/media/Vorstand.pdf



Abschiedsworte Werner Rechmanns: „Eine schöne Zeit war’s“

Nach drei Jahren als Geschäftsführer des Managerkreises werde ich nun eine neue Aufgabe innerhalb der Friedrich-Ebert-Stiftung als Leiter der drei baltischen Länder mit Sitz in Riga, Lettland, übernehmen.



Die Entscheidung, den Managerkreis zu verlassen, ist mit schwer gefallen, es haben private Gründe dafür den Ausschlag gegeben. Ich verlasse den Managerkreis mit einem weinenden Auge, denn diese drei Jahre haben mir trotz und wegen der intensiven Arbeit sehr viel Freude bereitet und meinen Horizont und Kenntnisstand erheblich erweitert.

Diese Arbeit hat dazu geführt, dass ich mich mit einer Vielzahl von unterschiedlichen Fragen der Finanzpolitik im Zeichen der Euro- und Bankenkrise, der Verkehrs-, Umwelt- und Energiepolitik sowie der Gesundheitspolitik beschäftigt und dabei auch viele neue Erkenntnisse in diesen Themenbereichen erhalten habe.

Darüber hinaus habe ich viele neue Personen kennen und schätzen gelernt sowie unterschiedliche Sichtweisen erfahren, mit verschiedenen Themen umzugehen und die jeweiligen Interessenslagen zusammenzubringen. Dabei ist bemerkenswert, dass auch in kontroversen Diskussionen die gute Zusammenarbeit in den einzelnen Arbeitsgruppen und auch im Vorstand im Vordergrund steht.

Der Stellenwert des Managerkreises innerhalb der Friedrich-Ebert-Stiftung hat sich in diesen drei Jahren positiv verändert. Dies liegt zum einen an den herausragenden Veranstaltungen und Aktivitäten des Managerkreises und zum anderen an der kollegialen Zusammenarbeit mit den anderen Fachabteilungen sowie den Landesbüros der Stiftung. Ohne diesen aktiven Austausch und die gute Kooperation wären die zahlreichen Veranstaltungen der Regionalgruppen des Managerkreises nicht möglich.

Die Wahrnehmung der Arbeit des Managerkreises in der SPD und der Fraktion hat sich sehr positiv gestaltet, was sich an der häufigen Teilnahme von Abgeordneten und deren Mitarbeitern an den Aktivitäten des Managerkreises sowie an der Hochrangigkeit bei den zahlreichen Hintergrundgesprächen zeigt.

Diese Arbeit im Managerkreis wäre inhaltlich und in dem Umfang nicht möglich ohne die hervorragende Zusammenarbeit im Team. Daher möchte ich hier ausdrücklich den Kolleginnen Dagmar Merk, Sina Dürrenfeldt sowie dem Kollegen Patrick Rüter herzlich für ihre Arbeit danken.

Danken möchte ich ebenfalls den beiden Sprechern des Managerkreises Karl Kauermann und Klaas Hübner, ohne deren Einsatz und Rat die Arbeit des Managerkreises in den zurückliegenden Jahren nicht so erfolgreich gewesen wäre.

Ich wünsche meinem Nachfolger Marc Meinardus viel Erfolg und die gleiche Unterstützung, wie ich sie erfahren habe.

Damit Kunst nicht mehr brotlos ist

Die Kreativwirtschaft in Deutschland boomt. Diese Entwicklung stellt den Sozialstaat vor neue Herausforderungen. Unter dem Titel „Was am Ende übrig bleibt – Kreativ in die Altersarmut?“ diskutierten am 11. Juni 2012 Experten der Kunst- und Kreativwirtschaft in der Berliner Kalkscheune. Gesucht wurden Rezepte, um die soziale Absicherung von künstlerisch und kreativ Tätigen zu verbessern.

„150 Euro pro Abend - allerdings nur dann, wenn aufgeführt wird. Proben, Vorbereitungen oder sonstige Nebenarbeiten, die bei der Produktion eines Theaterstücks anfallen, absolviert ein Schauspieler ohne Bezahlung, wenn er sich auf diesen Deal einlässt“, berichtete Martin Heering, Geschäftsführer des Bundesverbandes Freier Theater. Solche Honorarregelungen seien auch an öffentlich geförderten Bühnen keine Seltenheit.

Neben Heering diskutierten Siegmund Ehrmann, Sprecher der Arbeitsgruppe Kultur und Medien der SPD-Bundestagsfraktion, Norbert Kliesch, Vorstand des Vereins Zeitgenössischer Tanz und Arbeitsvermittler bei der Bundesagentur für Arbeit, Joachim Kirschstein, Geschäftsführer von exzess Berlin, Gesellschaft für Kommunikation und Popkultur, sowie Hilmar Schneider, Direktor Arbeitsmarktpolitik am Institut zur Zukunft der Arbeit. Es moderierte Annette Fugmann-Heesing, Sprecherin des Mangerkreises Berlin-Brandenburg.

Die Situation ist ambivalent: Mit etwa 137 Milliarden Euro setzt die Kreativbranche in Deutschland jährlich mehr um als die chemische Industrie. Wer als Grafiker oder Web-Designer erfolgreich arbeitet oder als Künstler zum Star wird, kann sehr hohe Einkommen generieren. Doch für die breite Masse der Kreativschaffenden sieht die Lage anders aus. Hilmar Schneider hat gemeinsam mit Carroll Haak von der Deutschen Rentenversicherung Bund eine Studie erstellt, die die problematische Einkommenssituation der Künstler deutlich macht: Nur 13.700 Euro beträgt das durchschnittliche Jahreseinkommen, das die 170.000 Versicherten bei der Künstlersozialkasse (KSK) deklariert haben. Die KSK betreut Selbstständige, die ihr Geld mit künstlerischen und kreativen Tätigkei-



Anette Fugmann-Heesing

ten verdienen. Das errechnete Durchschnittseinkommen entspricht gerade einmal 40 Prozent des durchschnittlichen Einkommens eines abhängig Beschäftigten in Deutschland.

Zwar ist die Zahl für das Durchschnittseinkommen durch Nebeneffekte beeinflusst, etwa durch Menschen, denen noch andere Einkommensquellen zur Verfügung stehen. Doch die Tendenz ist klar: Wer so wenig verdient, wird sich sehr schwer tun, nicht nur sein aktuelles Leben zu finanzieren, sondern nebenbei auch noch Geld für das Alter zurückzulegen.

So war man sich auch unter den Teilnehmern der Podiumsdiskussion schnell einig, dass im Zentrum nicht die Frage stehen muss, wie man künstlerisch und kreativ Tätige dazu motivieren könnte, besser für ihr Alter vorzusorgen - etwa durch einen Beitragszwang, wie er Arbeitsministerin Ursula von der Leyen vorschwebt -, sondern dass es darum gehen muss, die Einkommenssituation der Kreativen zu verbessern und das Sozialsystem so zu modifizieren, dass es auch die Arbeitssituationen und Biografien von Menschen in kreativen und künstlerischen Berufen abbildet.

Mehr als eine Million Menschen arbeiten in Deutschland im künstlerisch-kreativen Bereich. Eine Diskussion um ihre Absicherung ist auch deshalb wichtig, weil die Arbeitsmodelle, die hier gang und gäbe sind, auch in der klassischen Arbeitswelt zunehmend auftreten. Dazu gehören unterbrochene Erwerbsbiografien, Phasen von Selbständigkeit im Wechsel mit befristeten Anstellungen und Projektarbeit. Die Festanstellung, aus der heraus 40 Jahre lang Beiträge für die Rentenversicherung abgeführt werden, ist in der Kreativbranche die absolute Ausnahme.

Der SPD-Politiker Ehrmann plädierte in diesem Zusammenhang für eine Bürgerversicherung, in der die Lasten auf die Schultern aller verteilt werden, also auch auf die von Selbständigen und Beamten. Einen Zuschuss aus Steuermitteln, wie er auch jetzt schon der gesetzlichen Rentenversicherung zugute kommt, hält der Sprecher der Arbeitsgruppe Kultur und Medien

der SPD-Bundestagsfraktion dabei für unverzichtbar. Norbert Kliesch regte ein Umlagesystem an.

Viele bildende Künstler produzieren ohne konkreten Auftrag und hoffen, ihr Werk später an den Mann bringen zu können. „Es muss möglich sein, Menschen zweckfrei Kunst machen zu lassen“, forderte der Theatermacher Heering. Auch Tänzer und Arbeitsvermittler Kliesch plädierte für solche Freiräume. Er wünscht sich spezialisierte Arbeitsvermittler für den künstlerischen Bereich und möchte künstlerisch Tätige davon entbinden, jede nicht-künstlerische Arbeit annehmen zu müssen, wenn sie Hartz IV beantragen – eine Art Grundsicherung für Künstler. Das werde Probleme bringen, entgegnete Hilmar Schneider. Es sei unmöglich, zwischen Künstlern und Nicht-Künstlern zu trennen. Viele Probleme der Kreativen betreffen Freiberufler im Allgemeinen, es sei unfair, sie gegenüber den anderen zu bevorzugen.

Unterschiedliche Ansichten gab es auch zu der Frage, ob eine Art Mindestlohn für künstlerisch Tätige ein Teil der Lösung sein könnte, zumindest für Projekte mit öffentlicher Förderung. Kliesch wies darauf hin, dass dann wohl weniger Projekte insgesamt gefördert werden würden. Doch auch ihm sei klar, dass das Prinzip „Wir wollen es realisieren, auch, wenn eigentlich zu wenig Geld da ist“ seinen Teil zur schlechten Einkommenssituation von Künstlern und Kreativen beiträgt. „Kulturförderung ist preisbildend. Sie muss auch beispielgebend sein“, kommen-



Siegmund Ehrmann

tierte Heering vom Bundesverband freier Theater.

Mit viel Sympathie blickten die Podiumsteilnehmer in die Niederlande, wo ein anderes Unterstützungsmodell praktiziert wurde, bis es in diesem Jahr eingefroren wurde: eine Art Existenzgründerförderung für Künstler. Innerhalb der ersten zehn Jahre ihrer Tätigkeit konnten diese insgesamt bis zu vier Jahre einen monatlichen Zuschuss beziehen, im Jahr 2010 lag der Betrag für Alleinstehende bei gut 700 Euro. So wird den Geförderten Zeit gegeben, ihre Selbständigkeit auf eine tragfähige Grundlage zu stellen.

Aber auch die deutsche Künstlersozialkasse ist ein wertvoller Baustein für die Absicherung von selbständigen Künstlern und Kreativen, waren sich die Diskussionsteilnehmer einig. Trotzdem sahen sie noch Optimierungsmöglichkeiten. Siegmund Ehrmann forderte, die KSK für neue Berufsgruppen zu öffnen – nicht zuletzt, weil die digitale Revolution der vergangenen Jahre völlig neue Kreativberufe hervorgebracht hat. Heering verwies dazu auf Theater-Mitarbeiter im nicht-kreativen Bereich, die unter den gleichen Rahmenbedingungen leiden wie Schauspieler und Regisseure. Schneider wiederum kritisierte das Verfahren der Sozialkasse, ihre Mitglieder am Jahresanfang selbst ihr Einkommen prognostizieren zu lassen und auf dieser Basis Beiträge zu erheben. Er glaubt, dass viele Angaben zu niedrig angesetzt sind. Deshalb plädierte er für einen Abgleich mit den Steuerbescheiden der Versicherten.

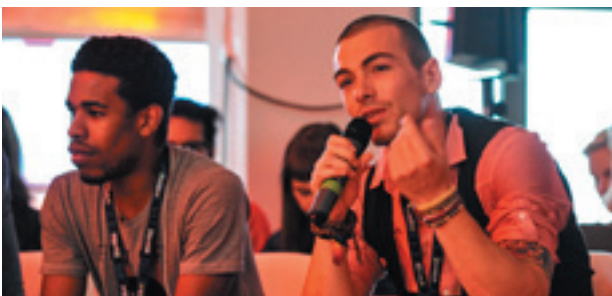
Ein Königsweg zur besseren Absicherung von Künstlern und Kreativen war auch nach zwei Stunden Diskussion nicht gefunden. Allerdings hatte das wohl auch niemand erwartet. Fest steht: Angesichts des wachsenden Problems der Altersarmut von Künstlern ist die Politik zum Handeln aufgefordert.

New Music – New Business?

Die Digitalisierung und Vernetzung im Internet haben die Musikindustrie umgekrempelt. Die Künstler können dank der digitalen Technik ihre Musik mit geringen Kosten selber produzieren und online anbieten. Garagenbands können so zu Publikumshelden werden. Viele Klicks und Downloads garantieren aber noch keinen finanziellen Erfolg. Wie kann man mit guter Musik auch gutes Geld verdienen? Welche neuen Geschäftsmodelle eignen sich dafür? Und welchen Stellenwert nimmt Berlin als internationaler Standort für die Entstehung und Vermarktung neuer Musik und Kultur ein?

Diese Fragen diskutierte der Managerkreis am 7. September 2012 im Rahmen der Berlin Music Week mit Vertretern aus der Musikbranche und der Politik. Die Gäste auf dem Podium im denkmalgeschützten Spreespeicher waren der Geschäftsführer von Motor Entertainment Tim Renner, der neue Country Manager von Spotify Stefan Zilch, der Chef der Berliner Senatskanzlei Björn Böhning und die ehemalige Bundesjustizministerin Brigitte Zypries. Geleitet wurde die Diskussion von Diane Hielscher, Moderatorin beim Berliner Radiosender FluxFM.

In seinem Impulsreferat erläuterte Tim Renner den Wandel der Musikindustrie durch die fortschreitende Digitalisierung. Zwischen 1999 und 2005 habe die deutsche Musikindustrie fast 50 Prozent ihres Umsatzes verloren – unter anderem auch deshalb, weil diese zu spät auf die Digitalisierung reagiert habe. Das Internet habe für die Musikbranche neue Freiheiten gebracht.



B.B. Streetband

„Freiheit bedeutet Kontrollverlust“, so der Musikmanager. Dieser Kontrollverlust habe der Branche zu schaffen gemacht. „Das einzige Mittel gegen Kontrollverlust sind Angebote.“ Und die kamen nach Renners Auffassung zu spät. Für die Bereitstellung legaler Downloadangebote habe man sechs Jahre gebraucht. „Noch heute ist die deutsche Musikindustrie in der unglücklichen Situation, dass 83 Prozent ihres Umsatzes physisch sind, also tonträgergebunden, und nur 17 Prozent digital. Das sind deutlich weniger als in anderen Ländern.“ Ein Grund dafür sei die späte Einigung zwischen der GEMA und dem Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V. (BITKOM) über die Vergütung pro Download.

Auch bei einem weiteren neuen Geschäftsmodell, dem Streaming, hinken Deutschland hinterher, so Renner. Beim Streaming geht es nicht darum, die Musik herunterzuladen und zu besitzen, sondern auf sie zugreifen zu können. Das Streaming ermöglicht es den Nutzern, die Songs zu hören, sobald sie im Radio laufen. Offene Lizenzfragen hatten den Start von Musik-Streaming-Diensten wie Spotify in Deutschland verzögert. Als drittes digitales Finanzierungsmodell nannte der Musikmanager das Crowdfunding. Crowdfunding bedeutet, dass sich Musiker außerhalb der etablierten Strukturen finanzieren können, indem die Fans die Künstler unterstützen. 2010 erschien die erste Plattform mit „startnext.de“ in Deutschland. „Wir müssen den gordischen Knoten lösen und dürfen nicht an alten Geschäftsmodellen festklammern“, fasste Tim Renner seinen Vortrag zusammen. Alle müssten bereit sein, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen.

Genau das haben die Macher vom Streaming-Dienst Spotify getan. Das schwedische Unternehmen ist seit März dieses Jahres auch in Deutschland vertreten. Stefan Zilch erläuterte das Erfolgsrezept von Spotify: „Die Herausforderung ist, ein Produkt zu bauen, das besser ist als Piraterie. Das heißt: Es muss alles drin sein und es muss kostenlos zur Verfügung stehen.“ Die Umsätze werden bei Spotify durch Werbeeintrüben oder Premium-Abos erzielt.

Brigitte Zypries ergänzte, dass der Zugang zu Download- und Streamingplattformen unkompliziert, hürdenfrei und schnell sein müsse. Im Internet seien Orientierung und Service wichtig, damit man sich als Nutzer nicht verliere. Sie als Politikern interessiere zudem die Frage, wie die Urheber mit den neuen Geschäftsmodellen Geld verdienen können. 70 Prozent der Umsätze von Spotify gehen zurück an die Musikindustrie. Bei den einzelnen Künstlern kommt davon nicht viel an.

Daran wird auch das neue Berliner Musicboard nichts ändern können. Björn Bönning erklärte, wie der Senat ab 2013 mit dem Musicboard die Berliner Musikbranche fördern möchte: „Wir brauchen gute Musiker und Musikerinnen, erfolgreiche Unternehmen, die die Musik produzieren und vermarkten sowie eine funktionierende Infrastruktur.“ Dafür stellt der Senat im kommenden Jahr eine Million Euro zur Verfügung. Bönning betonte, dass das Fördermodell flexibel sein muss, wie die Musikbranche selbst und plädierte dafür, die Förderschwerpunkte jährlich neu zu diskutieren. Das Musicboard verstehe sich nicht als Mittel zur Nachwuchsförderung. Es gehe vielmehr darum, professionelle Künstler auf ihrem Karriereweg zu unterstützen und sie über Berlin hinaus bekannt zu machen.

„Die Kulturlandschaft ist eine unglaubliche Bereicherung für unser Land und da müssen wir auch etwas für tun“, betonte Brigitte Zypries. Sie räumte ein, dass die Politik die Kreativwirtschaft zu spät als einen relevanten Wirtschaftsbereich entdeckt hat: Es sei deren Aufgabe, Nach-

wuchskräfte zu fördern und sich der sozialen Situation der Künstler anzunehmen. Die ehemalige Justizministerin erklärte, dass die SPD auf einem guten Weg sei und verwies auf das Projekt „Kreativpakt“, das 2009 unter anderem von Tim Renner initiiert und von Frank-Walter Steinmeier aufgegriffen wurde. Seitdem arbeiten Künstler und Politiker gemeinsam an Konzepten zur Förderung der Kreativwirtschaft. Auf die Frage, warum die SPD gegen eine Kulturflatrate sei, antwortete Brigitte Zypries: „Das ist viel zu komplex und bringt uns nicht weiter. Unser Ziel muss es sein, möglichst schnell neue Vermarktungsmöglichkeiten zu entwickeln und uns nicht in Debatten zu verlieren, die am Ende keinem nützen.“ Die SPD-Politikerin hält nichts vom derzeitigen GEMA-Bashing. Die GEMA sei eine für die Musikurheber wichtige Institution und nicht das Hindernis für neue Geschäftsmodelle. Korrekturen am Urheberrechtsgesetz hält Brigitte Zypries allerdings für nötig. Urheberrecht und künstlerische Leistung müssen im digitalen Zeitalter geschützt werden.

Einige der Urheber meldeten sich dann aus dem Publikum zu Wort – wie die Mitglieder der B.B. Streetband. Die Musiker begrüßten einerseits die neuen Möglichkeiten der digitalen Welt. Durch das Internet könnten sie beispielsweise via soziale Netzwerke wie facebook viele Leute mit ihrer Musik erreichen und dadurch selber wachsen. Das reiche aber nicht, um davon leben zu können. Um sich besser zu vermarkten, bräuchten sie professionelle Hilfe, die aber Geld koste. Es störe sie, dass sie als Musiker immer das letzte Glied sind und gezwungen werden,



Diane Hielscher, Tim Renner, Brigitte Zypries, Stefan Zilch, Björn Bönning



sich bei Labels anzubieten, dabei müssten diese doch Dienstleister der Musiker sein.

Dieser Paradigmenwechsel sei bereits im Gange, entgegnete Tim Renner. Der große Vorteil der Digitalisierung bestehe gerade darin, dass die Rechte und Möglichkeiten der Musiker gestärkt werden: „Ein vernünftiges Label von morgen ist kein Apparat mehr, der euch Rechte absaugt, sondern ein Apparat, der euch als Dienstleister zur Verfügung steht.“ Je nachdem, wie teuer und aufwändig die Produktion einer Platte ist, rechne es sich, seinen Weg allein zu gehen. Viele deutsche Bands und Musiker der Oberliga wie Xavier Naidoo, Tote Hosen und Die Ärzte veröffentlichen schon lange auf ihren eigenen Labels. Eine Patentlösung, die alle glücklich macht, gebe es nicht, sagte der Musikproduzent. Es bringe aber auch nichts, den alten Geschäftsmodellen nachzuweinen.

Auch Stefan Zilch betonte, dass die Zeit des Klagens über die zunehmende Digitalisierung vorbei ist und verwies noch auf neue Plattformen, die Urheber und potenzielle Verwerter zusammenbringen. Die steile Abwärtskurve der Einnahmen der Musikindustrie sei 2011 gestoppt worden und zeige in diesem Jahr sogar wieder nach oben – dank neuer Geschäftsmodelle wie das Streaming. Zum Start der Berlin Music Week teilte der Bundesverband Musikindustrie e. V. dazu die aktuellen Zahlen mit: Die Einnahmen aus dem Abo-basierten und werbefinanzierten Musik-Streaming sind im ersten Halbjahr 2012 im Vergleich zu den Vorjahresmonaten um 41,6 Prozent auf rund 18 Millionen Euro gestiegen. Es gibt also Anlass zu Optimismus.

Eine Zusammenfassung der Diskussion sehen Sie hier:

www.youtube.com/watch?v=6bb1OqpacJw

Nachts geht's rund: Von Leipzig in den Rest der Welt

Am späten Abend des 25. Juni 2012 trafen sich verkehrspolitisch interessierte Mitglieder des Managerkreises am DHL-Luftfrachtdrehkreuz bei Leipzig. Der damalige Geschäftsführer der DHL Hub Leipzig GmbH Eric Malitzke präsentierte Zahlen und Fakten des Unternehmens und führte die Besuchergruppe durch den laufenden Betrieb.



Die Führung begann um 22 Uhr in der Kontrollzentrale, wo es aussieht wie im Zentrum der NASA: Fünfzig Mitarbeiter sitzen vor Bildschirmen mit bunten Diagrammen und Tabellen. Aus allen Himmelsrichtungen steuern die gelb-roten Frachtflugzeuge der modernen DHL-Flotte den Flughafen an: Landungen quasi im Minutentakt.

Der Air Hub Leipzig/Halle ist eines der größten DHL-Drehkreuze weltweit. Laut Eigenauskunft ist das Unternehmen überall auf der Welt vertreten – außer in Turkmenistan. Über zwei Millionen Sendungen werden täglich über drei globale und fünfzehn regionale Hubs sowie den über 400 Air & Road-Gateways bearbeitet. 90 Prozent aller europäischen Sendungen werden über Leipzig verteilt.

Leipzig liegt mitten in Europa und bietet über diesen geografischen Pluspunkt hinaus weitere Standortvorteile wie eine hervorragende Anbindung an das Straßen- und Schienennetz sowie Logistikdienstleister in der unmittelbaren Umgebung. Außerdem verfügt der Flughafen Leip-



zig über die Erlaubnis für die Durchführung von Nachtflügen, was einen 24-Stunden-Betrieb ermöglicht. Dafür wurde in den umliegenden Gemeinden sehr viel in Lärmschutzmaßnahmen investiert, die in den nächsten Jahren ständig nachgebessert werden müssen.

Die Post-Tochter DHL profitiert also hier von den Investitionen des Flughafenbetreibers, von dem das Unternehmen auch die gesamten Vorfeldflächen angemietet hat. Seit 2009 wird von hier aus der Weltmarkt mit der schnellen Beförderung von Gütern und Dokumenten bedient. Dazu wurden 300 Millionen Euro in eine hochmoderne logistische Infrastruktur investiert. Das Herz der Anlage ist dabei das fünf Fußballfelder große so genannte Warehouse. Hier werden die Sendungen jede Nacht eingeliefert, sortiert, umverteilt und ausgeliefert und anschließend per Flugzeug in die Ecken der Welt weiter transportiert.

500 Personen „füttern“ jede Nacht die Verteileranlage im Warehouse, die 60.000 Pakete pro Stunde sortieren kann. 1.500 Tonnen Fracht werden pro Nacht umgeschlagen. 200 Mitarbeiter laden die Flugzeuge aus und wieder ein. Die Umladezeit pro Frachtflugzeug beträgt im Durchschnitt 105 Minuten. Jede Sekunde zählt. Sicherheitsauflagen erfordern, dass alle Sendungen durchleuchtet werden. Seit 2001 sind die Kostenanteile für Sicherheit im Luftfrachtgeschäft von 10 auf 35 Prozent gestiegen. Da DHL über ein nahezu geschlossenes Netzwerk für Transport und Verteilung verfügt, kann die Einhaltung der hohen nationalen und internationalen Sicherheitsstandards gewährleistet werden.

DHL ist einer der wichtigen Arbeitgeber in der Region Leipzig. Mit zunächst 2.000 Angestellten wurden 2008 von hier die ersten Pakete in die Welt versandt, mittlerweile sind es 3.000. Zur Zeit werden 70 Auszubildende in den Berufen Fachlagerist, Kaufleute für Spedition und Luftverkehr ausgebildet. Darüber bietet DHL auch ein Duales Studium an. Logistik ist und bleibt ein faszinierendes Geschäft mit guten Wachstums- und Zukunftsprognosen.

Komplexe Stadt – Komplexe Stadtpolitik

Wie sieht die Stadt der Zukunft aus? Wie kann eine zukunftsfähige Stadtpolitik aussehen? Und unter welchen Bedingungen ist eine gute Stadtpolitik möglich? Hierzu veranstaltete der Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kooperation mit dem Fritz-Erler-Forum Baden-Württemberg am 27.06.2012 im Stephans-Saal in Karlsruhe eine Podiumsdiskussion mit Experten aus Politik und Stadtplanung.

Suchte man ein Beispiel, um Heterogenität und Komplexität zu erklären, wäre die Stadt wohl sehr geeignet für solch ein Vorhaben: Hier treffen Menschen unterschiedlicher Herkunft aufeinander mit ihren ganz eigenen Vorstellungen und Ansprüchen an die Stadt, an ihre Stadt. Wie kann ich mich mit meiner Stadt, mit meinem Stadtteil identifizieren? Wie mich einbringen? Welche Freizeitbeschäftigungen habe ich? Sollte eine Stadt Wert auf eine florierende Industrie und Wirtschaft oder doch lieber auf blühende Wiesen legen? Die Probleme und Herausforderungen, die eine am Gemeinwohl orientierte Stadtpolitik zu lösen hat, sind vielfältig und vielschichtig. Eine Stadt braucht ihre Bürger um zu bestehen und muss diesen geeignete Wohnflächen bieten können. Eine Stadt braucht aber auch eine funktionierende Wirtschaft. Sie muss auf eine ihr angepasste Infrastruktur zurückgreifen und Großprojekte verwirklichen können. Dabei darf sie aber auch den Willen ihrer Bürger nicht vernachlässigen. Und eine Stadt sollte möglichst ausgeprägt Klima- und Umweltschutz betreiben. Oft stehen die verschiedenen Interessen gegeneinander.





Für Frank Mentrup, Staatssekretär im Kultusministerium von Baden-Württemberg und Kandidat für das Amt des Oberbürgermeisters in Karlsruhe für die SPD, bedarf es für jede Stadt einer Grundidee, um gewisse Prozesse und Entwicklungen steuern zu können. Eine der wichtigsten Herausforderungen für eine Stadt sei die ständige Migration – zur Stadt hin, oder wieder von ihr weg. Es gebe folglich keine stabile Stadtgesellschaft an sich. Denn diese müsse sich, um attraktiv zu bleiben aber auch um sich zu entwickeln, ständig neu definieren. Mentrups Ausführungen lassen sich am Beispiel der Stadt Karlsruhe eindrucksvoll verdeutlichen: Jährlich ziehen aus Karlsruhe ca. 20.000 Menschen weg, aber genauso viele auch wieder hinzu. Es sei eine enorme Herausforderung, alle Menschen zu integrieren. Aber gleichzeitig könne man die Migration auch als große Chance verstehen: „Eine Stadt muss von neuen Menschen profitieren, sie sollte ein Ort für Ankommende sein und sie muss die Begabungen und Schätze dieser Menschen bergen“, so Mentrup in seinem Impulsreferat. Dem pflichtete auch Rotraut Weeber, eine international anerkannte Stadtsoziologin und Professorin an der Hochschule Nürtingen, bei: „Für die Bürger muss es viel Freiraum geben, sich entwickeln zu können, die Menschen müssen mitgestalten können.“ Nur so könne sich ein jeder durch seine eigene Biografie auch mit der Stadt identifizieren.

Doch nicht nur die Migration stellt für eine Stadt hohe Anforderungen an die Attraktivität. Ein wichtiges Element, das für die Entwicklung der Stadt eine große Bedeutung hat, ist die Wirtschaft und deren Entwicklung. Eine Stadt, die als Standort für Wirtschaft und Technologien attraktiv ist, kann Impulse für andere Städte geben und durch Innovationen überzeugen. Ansiedelungen von Unternehmen schaffen Arbeitsplätze und Sicherheit für die Einwohner. Daraus ergeben sich wiederum zahlreiche Möglichkeiten, junge Familien und Studenten anzuziehen und dauerhaft zu halten. Gefestigte Strukturen herzustellen und den Einwohnern somit finanzielle Absicherung zu schaffen, sei eine zentrale Aufgabe der Kommunalpolitik, so Ulrich Pfeiffer, Aufsichtsratsvorsitzender der empirica AG, einem Beratungsunternehmen

im Bereich der Stadtentwicklung. „Die Kommunalpolitik“, so Pfeiffer, „ist näher an den Bürgern als die Ministerien des Landes, sie muss Transparenz schaffen und die Fakten kommunizieren und erklären können.“

Dies gelte auch für die Bildungspolitik. „Die Bildungspolitik besitzt nicht nur für die Landes- sondern auch und gerade für die Kommunalpolitik große Wichtigkeit“, erklärte Detlef Kurth, Professor für Stadtplanung an der Hochschule in Stuttgart. Bildung geschieht in den Kommunen vor Ort. Somit hat auch die Schulqualität einen starken Einfluss auf die Attraktivität eines Stadtteils oder einer Stadt. Gerade für junge Familien besteht eine zentrale Frage darin, welche Möglichkeiten eine Stadt im Bereich der KiTa- und Schulversorgung bieten kann. Um für diese Familien attraktiv zu sein und diese in der Stadt halten zu können, bedarf es eines breiten Angebots an Bildungs- und Aufenthaltsmöglichkeiten für die Kinder. Hierfür muss eine Stadt investieren, denn „soziale Herkunft und Schulqualität haben einen starken Einfluss auf das Bildungsniveau – das ist ein Skandal!“, beanstandete Pfeiffer. Die moderne Stadt müsse durch Transparenz Abhilfe schaffen, um diese Missstände zu überbrücken.

Transparenz ist auch das wichtige Schlagwort bei Großprojekten in den Städten. Immer wieder werden infrastrukturelle Großprojekte – man denke an Stuttgart 21 oder den Ausbau des Münchner Flughafens – von Bürgerinitiativen abgewendet und zerschlagen. Niemand will die Baustelle bei sich vor der Haustür haben, niemand die jahrelangen Beeinträchtigungen in Kauf nehmen, den Lärm, den Dreck, die Staus. Doch zuweilen sind solche Großprojekte für die Entwicklung und die verbesserte Infrastruktur einer Stadt unausweichlich. Um diese Entwicklungen voranzubringen, ist es wichtig, dass die Bürger gehört und in die Planungen mit einbezogen werden. Nur auf diesem Weg ist es möglich, Verständnis und Akzeptanz für künftige Großprojekte zu schaffen.

Das Mit-Einbeziehen aller Bürger spiegelt sich auch im Wohnungsbau wieder. Erneut ist hier die Nachhaltigkeit ein gewichtiges Stichwort. Familien und ältere Mitbürger haben es oft schwer, eine

geeignete Wohnung mit angemessener Größe zu finden. Hinzu kommen häufig teure Mieten, die das Wohnen für viele Menschen in der Stadt unmöglich machen. Doch „teure Mieten sind das Ergebnis der kommunalen Politik“, so Ulrich Pfeiffer. Die Politik sei selbst dafür verantwortlich, durch die Schaffung neuen Wohnraumes die Mietpreise niedrig zu halten. Allerdings dürfe der Wohnungsbau auch nicht zu exzessiv betrieben werden, ergänzte Detlef Kurth. „Man muss sich unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit auch immer den demografischen Wandel vor Augen halten.“ Eine Stadt kann nur attraktiv sein für ihre Einwohner, wenn sie sich an die Wohnbedürfnisse aller anpassen kann. Sie braucht Raum und eine zentrale Lage für ältere Menschen, damit diese nicht sinnbildlich an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden. Gleichzeitig muss es ausreichend Platz für Studierende geben: „Studierende sind keine Durchgangsbewölkerung, sie finden in der neuen Stadt einen Partner, gehen in Vereine und finden dann vielleicht auch einen Arbeitsplatz an ihrem Studienort“, so Rotraut Weeber.

Die Diskussion zeigte, dass Stadtpolitik ein sehr komplexes Gebilde ist, das Einzelinteressen, wirtschaftliche Attraktivität und Nachhaltigkeit in allen Bereichen gleichzeitig berücksichtigen sollte. Oft stehen diese Ziele aber in konträren Richtungen zueinander, oft sind die Positionen unvereinbar. „Darum ist es von großer Bedeutung, dass man von einer Stadt eine Gesamtvision entwickeln kann“, so Detlef Kurth. Es sei wichtig, die Bürger zu beteiligen, aber auch das Verständnis für eine integrierte und nachhaltige Stadt zu schaffen, in der immer viele, nicht einzelne Interessen vertreten werden müssen. Eine solche Vision für eine Stadt begrüßte auch Frank Mentrup. Man müsse mit allen Interessenverbänden und Bürgern klären, welche Hauptziele man in einer Stadt erreichen kann und will. Schließlich müsse man aus allen Bereichen der Stadt – Kultur, Verkehr, Wohnen, Soziales – und der umliegenden Region die Erwartungen und Kompetenzen zu einem Gesamtkonzept mit klaren Prioritäten verbinden. Bei aller Komplexität, die dieses Thema in sich birgt, zeichnete sich bei den Teilnehmenden der Diskussion einhellig die Meinung ab: Es geht nur miteinander und nur mit transparenten Entscheidungsfindungen.

Managergehälter in der Diskussion

Ist die Besoldung von Managern leistungsgerecht? Dies war die zentrale Fragestellung für das Hintergrundgespräch am 3. Juli 2012 mit Martin von Hören, Mitglied der Geschäftsleitung von Kienbaum Management Consultants.

Rund 30 Mitglieder des Managerkreises NRW waren der Einladung nach Düsseldorf gefolgt, um über Höhe und Leistungsgerechtigkeit von Managergehältern zu diskutieren. Martin von Hören startete seinen Vortrag zunächst mit dem Medienecho auf besonders hohe Einkommen und skizzierte die gesellschaftliche wie politische Debatte darüber. In der anschließenden Analyse ging er zudem auf den Aspekt der Rolle der Strukturierung der Gehälter als Auslöser bzw. Brandbeschleuniger in der Finanz- und Wirtschaftskrise ein. Eine zentrale Forderung bestand daher darin, die Topmanagement-Vergütung in einem „nachvollziehbaren Zusammenhang von „Pay“ und „Performance“ zu bringen“, wobei Performance zunehmend umfassender verstanden wird: Langfristigkeit, nichtfinanzielle Erfolgsfaktoren sowie Berücksichtigung von Stakeholder-Interessen gewinnen an Gewicht. Von Hören zeigte Prozesse auf, wie sich Managervergütungen an solchen Faktoren orientieren könnten.

In den Redebeiträgen knüpften die Teilnehmenden insbesondere an die öffentliche Debatte über die ausufernden Managergehälter an. Kritikpunkt war dabei insbesondere die Entkoppelung des Zusammenhangs von Vergütung und unternehmerischen Risiko sowie der Einfluss auf den verheerenden Vertrauensverlust in die Soziale Marktwirtschaft in größer werdenden Teilen der



Martin Hören (2. v.l.)

Bevölkerung. Es wurde kontrovers diskutiert, wie man diese Höhe zukünftig zufriedenstellend regeln könne und es wurde insbesondere an die wirtschaftlichen Entscheidungsträger appelliert, das gesamtgesellschaftliche Wohl nicht aus den Augen zu verlieren.

Digitale Wirtschaft – Jobmotor der Zukunft

Die digitale Wirtschaft wächst und wächst. In Deutschland werden mittlerweile 29 Milliarden Euro im Internethandel umgesetzt. Die Kommunikation verlagert sich auf Social Networks á la Facebook und junge Online-Firmen bestimmen die Innovationsgeschwindigkeit der Branche. Über 15 Millionen Deutsche nutzen neue internetfähige Apps und Services über ihr Mobiltelefon. Das Internet wird zum Leitmedium für politisches Engagement und Freizeitvergnügen, wie die Zahlen zum Online-Spielemarkt demonstrieren.



Carlo Velten

Schon heute arbeiten in Deutschland über 850.000 Menschen in der IT-Branche. Laut Branchenverband BITKOM sind derzeit 38.000 Stellen für IT-Spezialisten unbesetzt.

Wie man sich in Deutschland auf Seiten von Unternehmen und Politik auf die Situation einstellt und Talente frühzeitig fördert, diskutierte der Managerkreis Rhein-Main mit einer ausgewählten Expertenrunde: Avni Yerli, Geschäftsführer des Spieleherstellers Crytek, Wolfram Jost, Vorstandsmitglied der Software AG, Michael Waidner, Leiter des Fraunhofer-Instituts für Sichere Informationstechnologie und Katrin Luzar von der Online-Stellenbörse Monster. Moderiert wurde die Veranstaltung von Carlo Velten, Senior Advisor bei der Experton Group AG und Mitglied des Bundesvorstandes des Managerkreises.

„Die drei wertvollsten Unternehmen der Welt

– Apple, Google und IBM – gehören alle zur digitalen Industrie. Microsoft liegt auf Platz 5“, legte Wolfram Jost dar. Die deutsche Software-Industrie sei mit über 50 Prozent Umsatzbeteiligung Marktführerin in Europa. Der digitale Weltmarkt wird jedoch dominiert von den Vereinigten Staaten mit 73 Prozent, während Europa nur einen Anteil von 17 Prozent am Weltmarkt habe. Die deutsche Software-Industrie zahle darüber hinaus im Vergleich zu weiteren deutschen Wirtschaftszweigen durchschnittlich die höchsten Gehälter und sei am innovativsten, da sie am meisten in Forschung und Entwicklung investiere.

Nach dieser allgemeinen Einführung in die Branche konnten Katrin Luzar und Avni Yerli Einblicke in ihre Unternehmen geben und die rasante Entwicklung des digitalen Industriezweigs hautnah erlebbar machen. Katrin Luzar referierte über den Stellenmarkt der Gegenwart und Zukunft und darüber, welche Rolle gute Off- und Online-Netzwerke für Arbeitnehmer, aber auch für die Unternehmen bereits spielten und zukünftig spielen werden. Avni Yerli schilderte die faszinierende Geschichte der Crytek GmbH, eines Unternehmens, das er vor 12 Jahren mit seinen beiden Brüdern gegründet hat und das heute mit mehr als 650 Mitarbeitern zu den größten unabhängigen Entwicklern Europas zähle.

Angesichts des rasanten Wachstums der digitalen Wirtschaft ist die Sicherheit der Systeme und Anwendungen eine wichtige Frage. Michael Waidner beschrieb in seinem Vortrag die Sicherheitsprobleme als zu oft von Menschenhand gemacht. Eine bessere und vermehrte Ausbildung von IT-Sicherheitsspezialisten würde dazu dienen, dass die meisten Probleme nicht auftreten. Da sich unser Leben aber immer mehr online abspiele, steige auch die Zielorientierung der Cyberangriffe, die sich bereits zu einem eigenen Industriezweig entwickelten. Im IT-Bereich gäbe es zusätzlich teilweise unerreichbare Sicherheit, zum Beispiel bei der Vergabe von Passwörtern – aber in welchem Lebensbereich könnten wir hundertprozentig sicher sein?

In der abschließenden Diskussions- und Frageunde wurde deutlich, mit welcher gemischten

Gefühlen die Gesellschaft auf die steigende Digitalisierung reagiert: Zum einen werden die Entwicklungen begrüßt, da sie oft das Leben erleichtern, zum anderen machen die Menschen sich Sorgen um die Sicherheit ihrer Daten, aber auch um eine zunehmende Individualisierung der Gesellschaft, wenn jeder nur noch vor seinem Computer sitzt oder ständig auf sein Smartphone starrt.

Weltwirtschaftliche Entwicklungen und bayerische Perspektiven

Am 23. Juli 2012 diskutierten Wolfgang Fengler, Chefökonom der Weltbank in Nairobi und Christian Ude, Oberbürgermeister von München über weltwirtschaftliche Trends und bayerische Perspektiven. Die Welt ist im Umbruch und Europa befindet sich im Zentrum dieser Unruhe. Wie ist es in dieser schwierigen wirtschaftlichen Lage um die deutsche und bayerische Wirtschaft bestellt? Welche Konsequenzen hätte ein Einbruch in der Eurozone auf die deutsche und bayerische Wirtschaft?

Eine Zusammenfassung der Diskussion sehen Sie auf dem Youtube-Kanal der FES:

www.youtube.com/watch?v=CJ20amXsQQ0&feature=plcp

Gute Aussichten für gute Arbeit?

Deutschland ist im internationalen Vergleich eines der Länder mit dem stärksten Anstieg der Lohnungleichheit. Gleichzeitig sind wir sehr viel besser durch die stürmischen Zeiten der Schulden- und Finanzmarktkrise gekommen als viele europäische Nachbarn. Wie können ökonomische Effizienz und ökologische Nachhaltigkeit mit Blick auf eine sozial gerechte Arbeitswelt von morgen gelingen? Diese Fragestellung war Ausgangspunkt einer Podiumsdiskussion, die das BayernForum der Friedrich-Ebert-Stiftung in Kooperation mit dem Managerkreis am 5. September 2012 veranstaltete.

Nach einleitenden Worten von Katrin Schömann vom BayernForum und Marc Meinardus, ge-

schäftsführendes Vorstandsmitglied des Managerkreises, erläuterte Hubertus Heil, stellvertretender Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, das Konzept sozialdemokratischer Industrie- und Arbeitsmarktpolitik. Dabei ging er zuerst auf die Wichtigkeit des Industriestandortes Deutschland ein und vermerkte, dass sich der jahrzehntelange Erhalt dieser Industrie im Vergleich zu Staaten mit abgekoppelter Realwirtschaft, wie etwa Irland, als großer Vorteil in der Krise erwiesen hat. Dennoch muss die Politik in der Wirtschaft weiterhin gestalterisch tätig sein, indem sie beispielsweise Innovationen gezielt fördert oder den Fachkräftemangel mit Bildungsinvestitionen bekämpft, um in einer mehr und mehr wissensbasierten Welt bestehen zu können. Auch an die konkrete Arbeitsmarktpolitik stellt Heil Forderungen. So steht er zum Beispiel für die Einführung des Mindestlohns und die Umwandlung der Arbeitslosenversicherung in eine Arbeitsversicherung. Dies soll vor allem den wichtigen Ausbau der ArbeitnehmerInnenweiterbildung beinhalten.

Die sich anschließende Diskussion wurde von der Moderatorin Jutta Prediger vom Bayerischen Rundfunk geleitet. Während zwischen Hubertus Heil und seinem Parteigenossen Thomas Beyer, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, und dem Gewerkschaftsvertreter Robert Günther vom DGB Bayern größtenteils Einigkeit herrschte, brachte die Wirtschaftswissenschaftlerin Christiane Flüter-Hoffmann einige Kontroversen mit in die Runde. Sie lobte etwa die Zeitarbeit als eine gute Möglichkeit der externen Flexibilisierung für Betriebe und kritisierte gleichzeitig das von den Sozialdemokraten angeführte Argument „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, da sie den Leiharbeiter an sich als weniger qualifiziert ansieht. Heil erwiderte daraufhin, dass doch teilweise beträchtliche Lohndifferenzen zwischen



Leiharbeitern und Stammkräften bestehen, welche für letzteren zusätzlich die Gefahr der Ersetzung mit sich bringen. Leiharbeit solle lediglich zur Abdeckung von Arbeitsspitzen dienen.

Die von Günther angeführte Kritik an der zunehmenden Anzahl an befristeten Arbeitsverträgen stieß bei Flüter-Hoffmann ebenfalls auf wenig Verständnis. Sie führte an, dass viele dieser Verträge ausdrücklich von den Arbeitnehmern gewollt sind. Allerdings sind bereits bei den unter 25-Jährigen über 25 Prozent der Verträge befristet, was keinem normalen Einstieg ins Berufsleben entspricht, wie Thomas Beyer anmerkte.

Für weiteren Diskussionsbedarf sorgte das Thema Rente und Altersarmut. Heil wandte sich dabei gegen das von Ursula von der Leyen vorgeschlagene System der Zuschussrente, weil er offen und ehrlich zu den Bürgern sein will und ihnen deshalb keine falschen Hoffnungen machen kann. Er sieht die Ursache von steigender Altersarmut in den sich verändernden Erwerbstätigkeitsverhältnissen und stockenden Lohnentwicklungen. Für ihn liegt die Lösung des Problems in hoher Beschäftigung zu anständigen Löhnen und einer Erhöhung der Frauenerwerbsquote nach skandinavischem Vorbild, um die Entwicklung des Rentenniveaus positiv zu beeinflussen.

Gegen Ende der Veranstaltung meldete sich auch das Publikum zu Wort und brachte noch einmal das Problem der mangelnden Frauenerwerbstätigkeit auf. Flüter-Hoffmann bemerkte dabei, dass Frauen zu oft an „Familienarbeit“ gebunden sind und sieht bei diesem gesellschaftlichen Problem die Männer verstärkt gefordert, die Frauen hierbei mehr zu entlasten. Günther kritisierte dabei auch das Lohngefälle zwischen Männern und Frauen, was in vielen Haushalten dazu führt, dass der Mann - und eben nicht die Frau - einer Erwerbstätigkeit nachgeht. Eine Aufwertung von Arbeit im sozialen Bereich, in welchem verhältnismäßig viele Frauen beschäftigt sind, wäre deshalb dringend nötig.

Man konnte einer durchwegs spannenden Dis-

kussion folgen, in der viele verschiedene Themen angerissen wurden. Dennoch blieben viele Fragen offen, was verdeutlicht, dass man der Komplexität von Industrie- und Arbeitsmarktpolitik nicht an einem Abend allein gerecht werden kann.

Der Unterschied zwischen RECHT und RICHTIG und seine Auswirkung im politischen Alltag

„Was rechtens ist, muss nicht richtig sein und was als richtig empfunden wird, verkörpert (zu) oft nicht geltendes Recht.“ Dies konstatierten gleich zu Beginn der dritten Veranstaltung zum Themenkreis „Akzeptanz als strategischer Faktor“ am 11. September 2012 die beiden Gesprächspartner Hinrich Lehmann-Grube und Thomas Stickler auf dem Podium des Managerkreises in Leipzig.



Die Frage, ob richtig sei, was Recht ist, sei im Grunde „banal“, stellte Thomas Stickler am Anfang der Diskussion fest. Was richtig ist, lässt sich für den Fachanwalt für Bau- und Architektenrecht nicht wirklich vor Gericht klären. Hier zählten als Maßstab lediglich gültige Gesetze. Allerdings stieß seine These, in der Demokratie müsse möglichst das als Recht gelten, was eine Mehrheit als richtig empfinde, im Verlauf der Diskussion auf einigen Widerspruch. Zugleich betonte Stickler, dass nicht jede von einem Gesetzgeber verabschiedete Regelung, selbst wenn diese eine übergroße Zahl der Menschen als richtig empfinde, Bestand haben könne. Die Forderung „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ lasse sich beispielsweise auch dann nicht aus dem Grundgesetz löschen, wenn dies zwei Drittel aller Parlamentsabgeordneten befürworten würden.

Auch Hinrich Lehmann-Grube, der von 1990 bis 1998 Oberbürgermeister von Leipzig war, zwei-



felte deutlich an der Gleichsetzung von „richtig“ und „(ge)recht“. Hierüber lasse es sich unendlich debattieren. Letztlich müsse nach jeder Diskussion aber eine Entscheidung fallen – und diese gelte dann.

Der Unterschied zwischen „Recht und richtig“ spielt im täglichen Leben eine größere Rolle, als man oft wahrhaben will. Bezugnehmend auf das übergreifende Thema „Akzeptanz“ gab Moderator Uwe Hitschfeld, Fachmann für strategische Unternehmensberatung, jedoch zu bedenken: Damit Recht als solches bejaht oder zumindest hingenommen wird, müsse es zumindest eine ausreichende Zahl an Leuten geben, die sich dieser Entscheidung auch freiwillig unterwerfen. Doch eben dieser Konsens sei zunehmend in Frage gestellt.

Sticker sieht diesbezüglich ein generelles Problem in einer offenen, pluralistischen Gesellschaft, eine Übereinstimmung „zwischen Recht und richtig“ zu finden – eben weil es kein klares „Richtig“ oder „Falsch“ gebe. Gesellschaften, die stark im Glauben verwurzelt sind und somit ihre Wahrheiten aus einer religiös vorgegebenen Ordnung ableiten, hätten es hier scheinbar leichter. In der Demokratie gehe es dagegen immer auch um den Ausgleich von Interessen. Aufgabe von Politik – also auch von Gesetzgebung – müsse es sein, hierbei die unterschiedlichen Ansprüche zu befriedigen

Die Probleme, die selbst gültige Mehrheitsbeurteilungen einem Gemeinwesen bescheren können, verdeutlichte Sticker an einem Volksentscheid vor einigen Jahren, bei dem die Einwohner Leipzigs über einen Teilverkauf ihrer Stadtwerke befinden durften. Die Privatisierung von Kommunaleigentum scheiterte damals, weil sich eine Mehrheit jener, die zur Wahl gingen, dagegen aussprach. Die Konsequenzen, die aus ihrem „Nein“ erwachsen, delegierten sie anschließend – ohne weiter dafür verantwortlich zu sein – wieder an den Stadtrat zurück.

Die Diskussion zeigte, dass es die Kategorie „richtig“ als absoluten Begriff nicht gibt. Jede

Antwort auf ein Problem ist immer interessen-gesteuert. Somit sind auch Gerechtigkeitsmaßstäbe stets individualisiert, womit es kein „richtiges Recht“ geben kann. Akzeptanzprobleme entstehen letztlich vor allem dann, wenn die Unterschiede zwischen „Recht“ und „richtig“ als zu groß empfunden werden. Den Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft muss es also um „Recht“ gehen, dass sich möglichst den individuellen Richtigkeitsvorstellungen annähert. Erst daraus erwächst Akzeptanz.

Norddeutscher Energiedialog in Schwerin

Im Rahmen seiner Aktivitäten in Mecklenburg-Vorpommern hat der Managerkreis Nord-Ost seine Gesprächsreihe mit politischen Entscheidungsträgern fortgesetzt. Volker Schlotmann, Minister für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung des Landes Mecklenburg-Vorpommern traf sich am 13. September 2012 mit dem Managerkreis zu einem Meinungs- und Erfahrungsaustausch über eine zukunftsfähige Energiepolitik für die Region.

Arbeitsmarkt und Integration

Der Managerkreis führte am 18. September 2012 in Stuttgart ein Hintergrundgespräch mit Bilkay Öney, die seit Mai 2011 Ministerin für Integration in Baden-Württemberg ist. Sie ist davon überzeugt, dass Integration Teilhabe und Chancengerechtigkeit bedeutet und dadurch Wohlstand und Zusammenhalt gesichert werden. „Wir können es uns wirtschaftlich und gesellschaftlich nicht leisten, die vorhandenen Potenziale unserer Mitbürger mit Migrationshintergrund nicht zu nutzen“, fasste sie ihr Plädoyer für ein differenziertes, in den verschiedensten Bereichen ansetzendes Konzept ihrer Integrationspolitik zusammen. Dieses Konzept beinhaltet beispielsweise Maßnahmen wie die Schaffung von mehr Krippenplätzen, das Anbieten gezielter schulischer Programme und Ausbildungsanreize sowie von Instrumenten genderspezifischer Aufklärung. Vorher fand im Regionalkreis eine Mitgliederversammlung statt, bei der Themenvorschläge für Veranstaltungen im nächsten Jahr eingebracht wurden.



Coaching für die Wirtschaft

„Für das Erlernen von Abläufen im Berufsalltag gibt es keine Vorlesung, es bedarf eines persönlichen Erfahrungsschatzes“, schreibt Daniel Kreuzer, einer der vielen FES-Stipendiaten, die erfolgreich vom Pilotprojekt „Coaching für die Wirtschaft“ des Managerkreises profitiert haben.

Die Idee ist einfach: Mit seinem breiten Netzwerk von Persönlichkeiten und Verantwortlichen in den unterschiedlichen Wirtschaftsbranchen bietet der Managerkreis viele Möglichkeiten, Einblicke in den praktischen Ablauf von Unternehmen zu erlangen. Ideale Anlaufstelle also für Stipendiaten der Friedrich-Ebert-Stiftung, die mehr über das Berufsleben erfahren wollen als die reine Theorie.

Fit für den Berufsalltag, dies umfasst eben mehr als einen guten Universitäts- oder Fachhochschulabschluss. Die Anzahl der Bewerber um gute Jobs ist hoch, der Wettbewerb unter den Absolventen hat deutlich zugenommen und es kommt mehr denn je auf außeruniversitäre Zusatzqualifikationen an. Hier bietet der Managerkreis seine Unterstützung an. In einem Pilotprojekt, das der Managerkreis Nordrhein-Westfalen zusammen mit der Studienförderung der Friedrich-Ebert-Stiftung eingerichtet hat, können sich FES-Stipendiaten bei den zuständigen Mitarbeitern für den Managerkreis um ein Coaching oder die Vermittlung eines Praktikumsplatzes bewerben.

Was wird benötigt?

- Ihr Lebenslauf und
- ein halb- bis ganzseitiges Motivations schreiben, wo Sie kurz Ihr Interesse und Ihr Vorhaben skizzieren.

Mit der Erfahrung und Expertise seiner Mitglieder trägt der Managerkreis NRW bereits jetzt zu einem intensiven Dialog zwischen Wirtschaft, Politik und Wissenschaft bei. Stoßen Sie also zu uns und bringen Sie Ihr Wissen ein! Wir freuen uns auf Ihre Ideen und nehmen Ihre Bewerbung gerne entgegen.

Interessiert? Weitere Informationen gibt es bei:

Jochen Reeh-Schall: jochen.reeh@fes.de

Patrick Rüter: patrick.ruether@fes.de

Hintergrundgespräche des Steeringkomitees

Unter dem Titel „Engpässe der Energiewende: Stand und Perspektiven des Netzausbaus“ war **Peter Franke**, der seit März dieses Jahres amtierende Vizepräsident der Bundesnetzagentur (BNetzA,) für ein Fachgespräch am 13. Juni 2012 in Berlin zu Gast. Mit den Mitgliedern der Arbeitsgruppe Umwelt und Energie des Managerkreises diskutierte er über notwendige Investitionen in den Ausbau der Verteiler- bzw. Übertragungsnetze und die Entwicklung von Speichertechnologien sowie über aktuelle regulierungsrechtliche Fragestellungen. Die Wichtigkeit des Themas Netzstabilität betonte Peter Franke ebenso wie die Verantwortung der BNetzA als zuständige Regulierungsbehörde.

Für ein weiteres Hintergrundgespräch war **Elke König** am 17. Juli 2012 in der Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin zu Gast. Seit Beginn des Jahres 2012 leitet Elke König die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin). Sie hat Betriebswirtschaftslehre studiert, ist Wirtschaftsprüferin und gilt als Bilanzexpertin. Von 2002 bis 2009 war sie Finanzvorstand der Hannover Rück und gehörte seit Juli 2010 dem International Accounting Standards Board (IASB) an. Mit den Mitgliedern des Steering-Komitees, darunter Hans Eichel und Ingrid Matthäus-Maier, diskutierte sie über die notwendige Regulierung von Hedgefonds und Schattenbanken sowie über die Fortschritte in der internationalen Zusammenarbeit der Aufseher seit Ausbruch der Finanzkrise. Das Thema europäische Bankunion und die aktuell geführte Debatte, ob sich eine solche Union umsetzen lasse, ohne eine Vergemeinschaftung der Schulden auszulösen, war ebenfalls ein wichtiger Punkt des Gesprächs.

Wer kümmert sich in Zukunft um die Alten? - Demografischer Wandel erfordert neue Konzepte

Die Ausgangslage ist bekannt und wird zu meist nur noch unter dem Begriff „Demografischer Wandel“ zusammengefasst. Mit steigender Lebenserwartung nimmt auch die Anzahl der Pflegebedürftigen in Deutschland zu. Sie leben im Heim oder brauchen Unterstützung zu Hause. Der Markt für professionelle Pflege wächst - doch die Fachkräftesituation ist angespannt.



Für die Herausforderungen der Pflegebranche hilft es, sich einige Zahlen ins Bewusstsein zu holen. Die Zahl der über 80-Jährigen in Deutschland steigt zwischen 2010 und 2030 um 50 Prozent auf mehr als sechs Millionen Menschen an. Dabei nehmen altersspezifische Krankheitsbilder zu und die Zahl demenziell erkrankter Menschen wird weiter steigen von heute 1,3 auf zwei Millionen Betroffene.

Gleichzeitig führen gesellschaftliche und soziodemografische Entwicklungen – so beispielsweise der Trend zum Ein-Personen-Haushalt, hohe Scheidungsraten, die geforderte Arbeitsplatzmobilität etc. – zu einem kontinuierlichen Rückgang der Angehörigenpflege. Die zunehmende Konkurrenz um Fachkräfte zwischen allen Branchen und die niedrige Attraktivität des Pflegeberufes führt zur weiteren Anspannung auf Seiten des Fachkräfteangebots.

Diese dramatische Situation nahm der Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Anlass, ein Positionspapier „Delegation– Substitution – Innovation. Neue medizinische Versorgungsformen für eine alternde Gesellschaft – Chancen für ein längeres Leben zu Hause“ zu veröffentlichen. Es identifiziert und beschreibt

Ansatzpunkte, um diesen Herausforderungen zu begegnen.

Zur Präsentation und Diskussion dieser Thesen lud der Managerkreis am 22. Mai 2012 zu einer Veranstaltung ein. Wir haben im Newsletter 2_2012 ausführlich darüber berichtet. Jetzt gibt es eine Dokumentation, in der die lebhaft geführte Auseinandersetzung wiedergegeben wird.

www.managerkreis.de/media/Doku_Managerkreis-GesundheitNeueMedVersorgung_22.05.12.pdf

Literaturhinweise

Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte

Heft 9/2012



Der Staat und seine Gestaltungsverantwortung für die Märkte im gesellschaftlichen Interesse – das ist das Thema dieser Ausgabe. Was kann, was muss der Staat leisten, wenn Gemeinwohl, Gerechtigkeit und menschliches Wohlergehen Vorrang haben sollen vor seiner Majestät dem Markt, wie es der Demokratie, zumal einer, die sozial sein will, gebührt. Selten ist die linke Weisheit klarer bestätigt worden als in den letzten Jahren: Der Markt ist ein guter Knecht. Aber ein schlechter Herr.

www.frankfurter-hefte.de/Aktuelle-Ausgabe/Inhaltsverzeichnis/

Agenda 2010 - ein Überraschungscoup?

von Sebastian Nawrat, Verlag J.H.W. Dietz Nachfahren, 320 Seiten, ISBN 978-3-8012-4207-7



Wie kam es zur Agenda 2010? Der Verfasser untersucht die wirtschafts- und sozialpolitischen

Debatten der SPD seit 1982 und die sukzessive Vorbereitung der Agenda über fast drei Jahrzehnte: Globalisierung und internationale Standortdebatte, Wiedervereinigung und Privatisierungen, demografischer Wandel und Fiskalisierung der Sozialstaatsdiskussion, ein Dritter Weg der europäischen Sozialdemokratie. Die eiserne marktliberale Grundstimmung bei Ökonomen, Journalisten und in der Politik fand schließlich auch in den wirtschaftspolitischen Programmaussagen der SPD ihren Niederschlag.

WISO direkt

Reformen und Wachstum: Die deutsche Agenda 2010 als Vorbild für Europa?

von Michael Dauderstädt
und Julian Dederke, Friedrich-Ebert-Stiftung,
Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik,
Juni 2012



Strukturreformen werden den europäischen Krisenländern als Weg aus der Krise empfohlen. Die deutsche Agenda 2010 gilt als Vorbild, das Deutschland vor Arbeitslosigkeit und Rezession bewahrt habe. Die Defizit- und Schuldnerstaaten sollten ähnlich schmerzhaft Reformen nicht scheuen, um wieder zu Wachstum und Beschäftigung zu kommen. Tatsächlich haben die deutschen Reformen vor allem mehr Ungleichheit und hohe Exportüberschüsse ermöglicht. Letztere würden auch den Defizitländern helfen, setzen aber eben andere Länder voraus, die Importüberschüsse akzeptieren und sich dafür verschulden oder entsparen.

<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/09197.pdf>

Sie sind im Management oder als Unternehmer tätig und politisch interessiert?

Der Managerkreis bietet Ihnen in acht Regionalgruppen und bei überregionalen Veranstaltungen die Möglichkeit, sich mit gleichgesinnten Managern und Unternehmern auszutauschen. Der Managerkreis besteht seit 1991 und umfasst mittlerweile über 1.300 Mitglieder. Sein Ziel ist es, eine Brücke zwischen Wirtschaft und Politik zu schlagen, und ein Netzwerk zwischen engagierten Managern zu knüpfen. Wir laden Sie herzlich ein, Mitglied im Managerkreis zu werden.

Hier finden Sie weiterführende Informationen:

www.managerkreis.de

Kontakt

Mitgliederservice

Dagmar Merk

Tel. 030-269657053

managerkreis@fes.de

IMPRESSUM

V.i.S.d.P. Marc Meinardus

Koordination & Schlussredaktion:

Dagmar Merk

Design: **zenobi** zenobi GmbH

Redaktion: zenobi GmbH, Simone Warias

Fotos: Friedrich-Ebert-Stiftung, Mark Bollhorst, Gaby Waldek, Klaus Wagner

Friedrich-Ebert-Stiftung

Managerkreis

Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin

Fon 0 30 / 2 69 35 70 53

Fax 0 30 / 2 69 35 92 36

www.managerkreis.de

www.managerkreis.de

www.managerkreis.de

E-Mail: managerkreis@fes.de



Terminübersicht

Die Aufstellung enthält nur Veranstaltungen, deren Termine bereits festliegen. Zu jeder Veranstaltung werden rechtzeitig Einladungen versandt. Zu den Hintergrundgesprächen werden nur Mitglieder des Managerkreises eingeladen.

Managerkreis Berlin-Brandenburg Besichtigung des EUREF-Campus und Fachgespräch mit Reinhard Müller , Vorstand EUREF AG	25.10.2012 Berlin
Managerkreis Ost , Podiumsdiskussion <i>Eurokrise, Fachkräftemangel, Konjunkturabschwung – wie zukunftsfähig ist die Wirtschaft in Sachsen-Anhalt?</i> mit Klemens Gutmann , Geschäftsführer regiocom GmbH und Präsident des Arbeitgeberverbandes Sachsen-Anhalt, Klaus Olbricht , Präsident der Industrie- und Handelskammer Magdeburg, Kathrin Budde MdL und André Schröder MdL	07.11.2012 Magdeburg
Managerkreis in Kooperation mit Forum Politik & Gesellschaft Friedrich-Ebert-Stiftung <i>Frauen in Führungspositionen im Öffentlichen Sektor</i> Vorstellung der Studie: Julia Schimeta , DIW (Verfasserin der Studie) Diskussion mit Jana Schiedek , Senatorin für Justiz und Gleichstellung Hamburg Kommentar aus der Wirtschaft: Vera Gäde-Butzlaff , Vorstandsvorsitzende der Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR)	21.11.2012 Berlin
Managerkreis Ost , Podiumsdiskussion <i>Akzeptanz als strategischer Erfolgsfaktor (Teil 4)</i> <i>Politische Partizipationsmöglichkeiten und die Befähigung der Bürgerinnen und Bürger</i>	26.11.2012 Leipzig
Managerkreis Ost , Hintergrundgespräch <i>Kulturlandschaft Sachsen-Anhalt :Wichtiger Sandort oder Brache?</i> mit Stephan Dorgerloh , Kultusminister Sachsen-Anhalt	29.11.2012 Magdeburg
Managerkreis Nordrhein-Westfalen , Podiumsdiskussion <i>Ethische Unternehmensführung – ein Gewinn?</i> mit Nikolas Schneider , EKD Ratsvorsitzender, und Werner Müller , Bundeswirtschaftsminister a.D.	30.11.2012 Köln

Weitere Termine sind in Vorbereitung und werden auf unserer Website regelmäßig aktualisiert:

www.managerkreis.de